

Anfrage u.a. an die SPD-Bundestagsabgeordnete Tausend wegen des neuen Gebäude-Energie-Gesetzes. Ist die Zielsetzung „bezahlbares Wohnen“ gescheitert?

Sehr verehrte Frau Tausend MdB,

von Herrn Andreas Lotte MdL Bayern, den wir wegen seines herausragenden Engagements um **„bezahlbares Wohnen“** sehr schätzen, erhielten wir den Hinweis, dass Sie die richtige Ansprechpartnerin für unser Anliegen und unsere Besorgnis sind.

Ich erlaube mir deshalb jetzt Sie auf die Gefahr hinzuweisen, dass große Teile der Mieter und Wohnungseigentümer als Wähler für die SPD verloren gehen könnten – auch wenn es derzeit noch Aufwind für die Bundes-SPD zu geben scheint.

Denn mit dem geplanten neuen GEG (Gebäude-Energie-Gesetz) wird das bisherige „Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen“ von den SPD-Bundesministerien Dr. Hendricks und Gabriel/Zypries praktisch dem Müll zugeführt. Und darauf wird allergisch bei den Mietern und Wohnungseigentümern reagiert werden.

Schließlich wird das GEG zu einem deutlichen Kostenschub für Neubauten und das Sanieren von Bestandswohnanlagen führen und somit in der Folge zu wesentlich höheren Mieten und Kaufpreisen von Wohnungen.

Eine Gruppe von CDU/CSU-Abgeordneten (siehe Anhang) hat inzwischen aus meiner Sicht richtig erkannt, dass sich diese beiden Parteien von diesem Gesetz vor der Bundestagswahl distanzieren sollten, weil erheblicher Prüfbedarf auf Sinnhaftigkeit des GEG besteht.

Soweit ich es mitbekomme, sind die Mieter jedenfalls stinksauer auf die SPD-geführten Bundesministerien, zumal bekannt ist, dass Verbänden wie uns nur wenige Tage für eine Stellungnahme zum GEG zugestanden wurde (siehe unser Protest ebenfalls im Anhang). Der Protest und die Fragwürdigkeit des SPD-Entwurfs zum GEG hat bereits zu einer kritischen Berichterstattung im **„SPIEGEL“** (weiterer Anhang) geführt.

Meinen Sie nicht, dass sich deshalb auch die SPD mehr Zeit mit der Prüfung des GEG nehmen sollte und zuerst die Meinungen von wirtschaftlich nachteilig Betroffenen und deren Fachleute anhören sollte. Ich könnte mir vorstellen, dass solch ein Gedankenaustausch z.B. mit dem Herrn SPD-Staatssekretär Florian Pronold in einem der dafür verantwortlichen Ministerium Sinn machen könnte.

Konkrete Frage an Sie:

- Könnten Sie einen Termin dazu organisieren?
- Oder würden Sie eine öffentliche Pro- und Kontra-Diskussion mit organisieren wollen, wo sachkundige Vertreter der verantwortlichen SPD-Ministerien mit unseren Fachleuten das Thema für den Bürger transparent behandeln könnten.

Mit freundlichen Grüßen

Norbert Deul – Vorstand

Schutzgemeinschaft für Wohnungseigentümer und Mieter e.V.

- Hausgeld-Vergleich / Hausverwalter-Check –

Gehrestalstr. 8, 91124 Pommelsbrunn bei Nbg.

Hinweis für Leser: Unsere Stellungnahme zum GEG, das Schreiben der CDU/CSU-Abgeordneten. der Bericht im **„SPIEGEL“** und ein alternatives Parteiprogramm zum Thema kann angefordert werden.